

politischen Strömungen wie Christdemokraten, Liberalen oder Konservativen ein Beispiel, daß trotz grundlegender gegensätzlicher politischer und ideologischer Auffassungen in der Frage des Friedens und des Überlebens der Menschheit konstruktiv zusammengearbeitet werden kann.

Willy Brandt, Ehrenvorsitzender der SPD und Präsident der Sozialistischen Internationale, kleidete die Umkehr in der Haltung der Sozialdemokratie in die Worte: Der Frieden ist nicht alles; aber ohne Frieden ist alles andere nichts!

Bei all dem ist jedoch zu berücksichtigen, daß die auf dem Tisch liegenden Dokumente und Vorschläge zur europäischen Sicherheit mitgetragen werden von einer SPD, die nicht in Regierungsverantwortung steht. Die getroffenen Vereinbarungen mit kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder stellen demzufolge nicht mehr und nicht weniger Absichtserklärungen dar, die erst auf Regierungsebene offiziellen Charakter erhalten und dann mit Leben erfüllt werden müssen.

Dennoch schätzt unsere Partei bereits das Bekenntnis der Sozialdemokratischen Partei in der BRD zu gemeinsamen Schritten hoch ein und nutzt die damit gegebenen Möglichkeiten, den Dialog über die aufgeworfenen Fragen mit allen, auch gegensätzlichen politischen Kräften in Bonn in Gang zu bringen und deren Standpunkt zu den brennenden Problemen von Gegenwart und Zukunft herauszufordern.

Im weltweiten Ringen um eine Koalition der Vernunft und des Realismus wird unsere Partei auch in Zukunft ihren aktiv betriebenen Dialog fortsetzen und so einen gewichtigen Beitrag für die Gesundung des internationalen Klimas leisten.

Werner Flach  
Hauptabteilungsleiter im Institut  
für Internationale Politik und Wirtschaft  
der DDR

## Friedliche Koexistenz — das ist eine Politik der Vernunft

*Zwischen sozialistischen und imperialistischen Ländern gibt es heute eine Zusammenarbeit auf vielen Gebieten. Ist das Ausdruck dafür, daß die Politik der friedlichen Koexistenz zur Norm in den Beziehungen zwischen den Staaten gegensätzlicher Systeme geworden ist?*

Erich Winkler  
APO-Sekretär im VEB Motorradwerke Zschopau

Die Politik der friedlichen Koexistenz wurde von W. I. Lenin entwickelt und begründet. Sie hat ihren objektiven Ursprung in der Tatsache, daß mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eine grundlegend neue internationale Situation entstanden war. Sie ist charakterisiert durch das staatliche Nebeneinanderbestehen von Sozialismus und Kapitalismus. Erstmals mußte die Frage beantwortet werden, wie unter diesen Bedingungen die Interessen der staatlich organisierten Arbeiterklasse auf internationaler Ebene am besten zu gewährleisten sind. Lenin beantwortete das mit der Forderung nach einer wirklichen „Gleichberechtigung der beiden Eigentumsysteme“ und Zusammenarbeit der Staaten im friedlichen Wettbewerb, in dem sich historisch erweisen soll, welches System das bessere ist.

Die Geschichte seit der Oktoberrevolution ist reich an Beweisen dafür, wie die Sowjetunion und später die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft ständig darum bemüht waren, im Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern solche Prinzipien durchzusetzen wie die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Anerkennung gleicher Souveränität, die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, die Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen, die friedliche Regelung aller Streitfragen und anderer.

Das Wesen dieser Politik formulierte Genosse Kurt Hager in seiner Rede auf dem Schulrätesemi-

nar am 28. Oktober 1988 mit den Worten: „Schon immer haben wir die Auffassung vertreten, daß die friedliche Koexistenz sich nicht auf das Schweigen der Waffen, auf das Fehlen militärischer Auseinandersetzungen reduziert. Sie schließt zugleich reale Abrüstung, Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil auf politischem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem, kulturellem und humanitärem Gebiet auf der Grundlage der Prinzipien des Völkerrechts ein.“

Für diese, den Realitäten Rechnung tragende Politik, die heute, angesichts der von den atomaren Waffen ausgehenden Gefahren für die Existenz der Menschheit, noch mehr an Bedeutung gewonnen hat, gibt es keine vernünftige Alternative. Doch diese Erkenntnis und entsprechendes politisches Handeln sind bei weitem noch nicht dominierend in der Politik imperialistischer Kreise und Staaten. Immer wieder wird versucht, monopolistische Klasseninteressen mit konfrontativen Mitteln durchzusetzen.

Die Intervention gegen die junge Sowjetmacht, der Versuch, die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg wieder unter die Knute des Imperialismus zu bringen sind dafür ebensolche Beweise wie die Bestrebungen nach 1945, die sozialistischen Länder von der Position der militärischen Überlegenheit politisch zu erpressen, ihre Entwicklung durch Embargo, Boykotte bis hin zur offenen Sabotage zu stören. Dieser Linie entsprechen auch die heutigen Aktivitäten imperialistischer